

Der Hegemon in Nöten

Die wirtschaftliche Lage der USA ist alles andere als rosig. Die Arbeitslosigkeit verharrt auf einem für amerikanische Verhältnisse hohen Niveau, zugleich hat die Regierung keinen finanziellen Spielraum mehr für Wirtschaftsförderprogramme. Dies wirkt sich auch auf die aussenpolitische Handlungsfähigkeit Washingtons aus. Von Josef Braml

Während Medien und Analysten mit ihrem Abgesang auf den Euro in Europa Untergangsstimmung verbreiten, rückt die prekäre Lage in den USA in den Hintergrund. Dort nehmen die wirtschaftlichen Probleme infolge der andauernden Wirtschafts-, Finanz- und Energiekrise ebenso zu und vergrössern die soziale Ungleichheit. Je weiter sich der Tanker USA aber zur Seite neigt, desto mehr wird die politische Manövrierfähigkeit der Regierung im Inneren wie nach aussen eingeschränkt.

Mangelnde Regeneration

Die amerikanische Gesellschaft und die Politik sind nicht auf die Wucht des demografischen Wandels und die damit verbundenen Kosten, insbesondere im Gesundheitswesen und in der Altersvorsorge, vorbereitet. Zwar verjüngt sich die Bevölkerung permanent durch die ins Land strömenden Einwanderer, aber dieser Zustrom kann die Überalterung inzwischen nur noch abschwächen. Die jüngeren Generationen werden künftig nicht mehr in der Lage sein, die älteren finanziell zu unterhalten. Infolge der drastisch gestiegenen Arbeitslosigkeit, die insbesondere jüngere Arbeitssuchende trifft, und der schlechten Ausbildung in den oftmals maroden Bildungseinrichtungen sind die Jüngeren gar nicht in der Lage, im erforderlichen Umfang zum Bruttonationaleinkommen beizutragen und damit überhaupt erst die Voraussetzung für Unterstützungsleistungen zu schaffen. Es gibt im Land der unbegrenzten Möglichkeiten und Risiken einige, die von diesen Problemen überhaupt nicht, und andere, die davon umso mehr betroffen sind. Sieht man sich die Verteilung der Vermögen und Einkommen in den USA genauer an, fallen einem sofort gravierende Unterschiede auf, die sozialen Sprengstoff bergen und geradezu verhindern, dass die Wirtschaft wieder in Gang kommt.

Wenn es nämlich stimmt, dass die amerikanische Wirtschaft zu zwei Dritteln durch Nachfrage, also vom Privatkonsum, angetrieben wird, dann ist die soziale Schieflage Gift für die wirtschaftliche Erholung. Woher soll die Kaufkraft bei hartnäckig hoher Arbeitslosigkeit kommen, wenn – wie bei der letzten Anhebung der Schuldenobergrenze vereinbart – der Schuldenabbau in erster Linie durch die Kürzung von Sozialleistungen und anderen nachfragewirksamen Ausgaben des Bundes und der Gliedstaaten erfolgen soll? Das hat zur Folge, dass immer mehr Amerikaner immer weniger kaufen können, weil das Konsumieren auf Kredit nicht mehr möglich ist.

Das trifft auch die Politik, die keinen finanziellen Handlungsspielraum mehr hat für weitere Wirtschaftsförderprogramme. Spätestens im Sommer 2011, als die heftigen Auseinandersetzungen um die Anhebung der Schuldenobergrenze Amerika erschütterten, wurde deutlich, dass das politische System blockiert ist. Sollte der Präsident ver-

suchen, die Wirtschaft mit kreditfinanzierten Ausgaben anzukurbeln, wird er am Kongress scheitern, denn dort verhindern die libertären, staatsfeindlichen Repräsentanten der republikanischen Tea-Party-Bewegung die Kreditaufnahme, unterstützt von konservativen Demokraten. Auch in der Handelspolitik sind dem Präsidenten bis auf weiteres die Hände gebunden. Er wird kein Mandat für Freihandelspolitik erhalten – falls er diesen Machtkampf mit dem Kongress überhaupt wagen sollte.

Vabanquespiel der Notenbank

Bei dieser finanz- und handelspolitischen Blockade bleibt die Notenbank die einzig handlungsfähige Institution. Amerika versucht, sich aus der Schuldenfalle zu befreien, indem es durch seine Notenbank jene Staatsanleihen aufkaufen lässt, die über den Markt von ausländischen Investoren nicht mehr bedient werden. Dieses Vorgehen wird beschönigend als «quantitative Lockerung» bezeichnet. In Wahrheit druckt man neues Geld. Die internationale Leitwährung Dollar gerät dadurch unter Druck, wird also abgewertet. Das hat zwei Nebeneffekte, die aus amerikanischer Sicht durchaus willkommen sind: Amerika kann sich einerseits eines Grossteils seiner Schulden entledigen, andererseits verbilligen sich seine Exportwaren und sind damit wieder mehr gefragt. Selbst wenn die Strategie, den Dollar zu schwächen, kurzfristig erfolgreich sein sollte, bleiben die grundlegenden Strukturprobleme der Wirtschaft bestehen.

Mit dem Green New Deal will Präsident Obama sowohl Arbeitsplätze schaffen als auch die binnenwirtschaftlichen wie aussenpolitischen Kosten und Risiken senken. Dazu wurde der Wirtschaft eine Ölentzugskur verordnet. Amerikas Ölverbrauch muss drastisch reduziert werden, da die hohen Ölpreise die Wirtschaftskraft Amerikas lähmen und dessen aussenpolitischen Spielraum einengen. Die weltweite Sicherung der vitalen Interessen Amerikas macht das nicht leichter.

Amerika sieht seine vitalen Interessen bedroht, aber es ist in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Die sozioökonomischen Probleme im Innern wirken sich auf das Selbstverständnis im aussenpolitischen Handeln und auf den Aktionsradius der Weltmacht aus. Zwar erheben die Vereinigten Staaten nach wie vor den Anspruch, eine liberale Weltordnung amerikanischer Prägung aufrechtzuerhalten, doch die wirtschaftliche Schwäche und die Einschränkungen der politischen Führung hindern sie zunehmend daran, ihre globale Ordnungsfunktion wahrzunehmen, indem sie sogenannte öffentliche Güter wie Sicherheit, freien Handel und eine stabile Leitwährung bereitstellen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass andere Länder die Vormachtstellung der USA, des liberalen Hegemonen, akzeptieren und der amerikanischen Führung folgen. Doch Washington wird in Zukunft stärker als bisher versucht sein, seine Eigeninteres-

sen auf Kosten anderer durchzusetzen. Die USA werden Lasten abwälzen – und damit Konkurrenten, aber auch Verbündete in Asien und Europa belasten. Wir sollten uns in unserem eigenen Interesse darauf einstellen.

Josef Braml ist USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin. Soeben ist sein Buch «Der amerikanische Patient» beim Siedler-Verlag erschienen.